

ANLAGE

Vorblatt zum Frühwarndokument

Vorhaben:	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt
KOM-Nr.:	COM(2022) 453 final
BR-Drucksache:	487/22
Federführendes Ressort/Aktenzeichen:	MWVATT
Zielsetzung:	– Verbot von Produkten, die in Zwangsarbeit hergestellt werden.
Wesentlicher Inhalt:	– Die Europäische Kommission schlägt vor, Produkte, die in Zwangsarbeit hergestellt werden, auf dem EU-Markt zu verbieten. – Der Vorschlag umfasst alle Produktgruppen. – Zudem soll das Verbot unabhängig vom Herstellungsort gelten: Es gilt sowohl für Einfuhren in die EU als auch für Waren, die in der EU für den Binnenmarkt oder Drittländer produziert werden.
Vorläufige Einschätzung zur Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips (bei Bedenken: kurze Begründung):	– Soweit zu beurteilen, gegeben
Besonderes schleswig-holsteinisches Interesse?:	– Bei der Ausgestaltung ist insbesondere im Hinblick auf KMU auf Praxistauglichkeit, Verhältnismäßigkeit und Rechtssicherheit hinzuwirken.
Zeitplan für die Behandlung: a) Bundesrat b) Rat: c) ggf. Fachministerkonferenzen, etc.	– Nicht bekannt